

Niederschrift

zur 43. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 13.09.2017	18.30- 21.47 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse , Stephan Wende Vertretung für Frau Monika Fiedler,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Wolfgang Petenati , Petra Schumann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Matthias Rudolph ,

SPD-Fraktion

Jürgen Luban Vertretung für Herrn Stefan Sarrach, Sebastian Rausch ab 18.51 Uhr, TOP 7.3,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ab 18.38 Uhr, TOP 7.1,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Christfried Tschepe ,

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler entschuldigt,

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind zunächst 10 (später 12) Mitglieder und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird auf Wunsch der Verwaltung um den TOP 12.2. Grundstückangelegenheit (im nichtöffentlichen Sitzungsteil wird darauf näher eingegangen) ergänzt. Die so geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 12.07.2017

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Es liegen keine Informationen des Vorsitzenden vor.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Antrag der BFZ-Fraktion: Digitalisierung der Fürstenwalder Schulen 6/AN/536 unterstützen - Glasfaseranschlüsse herstellen

Für die BFZ-Fraktion ist noch unklar, ob sich die im Haushaltsplan veranschlagte Digitalisierung der Schulen auf den Zugang bis zum Schulgebäude bezieht. Ihnen geht es darum, dass die Schulen über das Glasfasernetz an das Internet angeschlossen werden. Herr Rudolph fragt, wie der Sachstand tatsächlich ist.

Dr. Fehse berichtet, dass in jede Schule ein Glasfaseranschluss gelegt wird, das wurde mit dem Haushaltsansatz realisiert. Das Förderprogramm sieht nunmehr vor, dass in jeden Klassenraum 30 Mbit gebracht werden sollen. Das wird gegenwärtig noch nicht realisiert.

Deshalb, so Dr. Fehse weiter, sei die Verwaltung auf den Landkreis zugegangen, um seinen Antrag auf Bundesförderung, auf alle Schulen egal in welcher Trägerschaft zu erweitern. Der LOS wird versuchen, über das Land in dem Bundesförderprogramm Mittel zu akquirieren, um sie an die Schulen (und jeden Klassenraum) in den Kommunen weiterzureichen. Der Landkreis hat sogar in Aussicht gestellt, den Eigenanteil der Schulen zu übernehmen.

Nach diesen Ausführungen zieht Herr Dippe seinen Antrag zurück.

Zurückziehung

TOP 7.2 Antrag der BFZ-Fraktion: Rückzahlung des überzahlten Zuschusses zur 6/AN/537 Mittagessenversorgung

Die einbringende BFZ-Fraktion meint, der Antrag sei eindeutig. Herr Rudolph führt aus, dass er zum einen aus der Rechtsprechung und dem Rechtsanspruch resultiert, das zu viel gezahlte Essengeld zurückzuzahlen. Da die Eltern darüber offensichtlich nicht ausreichend informiert sind, sollte man ihnen nicht auferlegen, einen Antrag auf Rückzahlung zu stellen.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Verwaltung prüft, wie viel Essengeld tatsächlich überzahlt wurde. Dafür wird eine Kalkulation für 2013 bis 2015 vorgenommen. Er bittet, das Ergebnis abzuwarten und dann die weitere Verfahrensweise zu klären. Als Terminstellung nennt er Mitte Oktober bzw. die nächste STVV am 2. November 2017.

Zurückstellung

TOP 7.3 Antrag der BFZ-Fraktion: Abschaffung der Gebühren für die Kitabetreuung ab dem zweiten Kind 6/AN/538

Die einbringende Fraktion hat das Wort und Herr Rudolph erläutert, dass man beabsichtigt, den Eltern die Entscheidung für ein zweites Kind zu erleichtern und die Geburtenrate wieder anzukurbeln. Außerdem sieht die Fraktion in der Landespolitik (Beitragsfreiheit für das letzte Kitajahr) einen guten Anfang, den es gerade in der Berlinnähe gilt, weiterzudenken und auszubauen (Fachkräftesicherung, demografischer Wandel, Attraktivität und Zuzug für die Stadt etc.). Aus diesem Grunde schlägt sie vor, ein positives Signal mit einer beispielgebenden Wirkung zu setzen. Die Finanzierung soll aus der Umschuldung, die der Kämmerer für zwei festverzinsliche ILB-Kredite vorgenommen hat, getätigt werden.

Der Abg. Wende kritisiert den Vorschlag dahingehend, keine Versprechungen und „Geschenke“ an die Eltern zu machen, um eine Wahl zu gewinnen. Außerdem bringt er inhaltlich und sozial an dieser Stelle nicht weiter. Es ist nach seiner Auffassung nicht das richtige Instrument, um sozialschwachen Familien zu helfen. Er könnte die Idee mittragen, wenn es um eine differenzierte Staffelung der Kita-Gebühren oder die Grundforderung nach qualifizierter Betreuung und Bildung geht.

In der anschließenden Diskussion werden verschiedene Argumente ausgetauscht. Herr Zänker meint u.a., man müsse Politik auch nach Haushaltslage machen und insofern kann er dieser Mehrausgabe gegenwärtig nicht zustimmen. Herr Rausch spricht nochmals den Einstieg des Landes in die Beitragsfreiheit (Gebührenfreiheit für das letzte Jahr) an und meint, mit dem BFZ-Antrag sollte eine nur kleine Gruppe bessergestellt werden. Für ihn ist er deshalb nicht zustimmungsfähig.

Ablehnung Ja 3 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.4 Antrag der BFZ-Fraktion: Erweiterung der Gerhard-Goßmann- 6/AN/539 Grundschule um eine Mensa und drei Fachräume

Der Antrag wurde im Ergebnis der Diskussion im Kultur- und Sozialausschuss nochmals geändert. Er liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Die einbringende Fraktion erläutert nochmals, dass an der Gerhard-Goßmann-Grundschule in Modulbauweise drei Fachräume und eine Mensa zusätzlich errichtet werden sollen. Damit soll bis zur Errichtung des Schulzentrums und der Übertragung der zwei Züge der Primarstufe Entlastung erreicht werden.

Herr Wende fragt nach, ob es, wie in vorangegangenen Diskussionen erarbeitet, grundsätzlich auch akzeptabel wäre, die Mensa insofern zu sichern, als dass möglicherweise die Mitnutzung des Durchgangs bzw. der Umbau der vorhandenen Aula Entlastung schafften. Damit, so Herr Dippe, wäre dem Antrag durchaus Rechnung getragen.

Der Bürgermeister berichtet über einen Vororttermin, um insbesondere die Mensa in Augenschein zu nehmen. Für insgesamt 85 bis 90 Kinder stehen dort 77 Plätze zur Verfügung. Durch organisatorische Änderungen, versetzte Essenzeiten und entsprechende Übernahme der Betreuung durch den Caterer, sowie Anbringen von Schallschutz könnte hier kurzfristig Abhilfe geschaffen werden. Er unterbreitet weiterhin die Überlegung, mit der beabsichtigten Errichtung eines neuen Sozialgebäudes im oberen Geschoss zwei neue Klassenräume (insgesamt stehen 240 m² zur Verfügung) zu schaffen. Damit könnte die Containerlösung entfallen. Dieser Vorschlag müsste aber noch mit der Schule und dem Sportverein besprochen werden. Der Zeitplan wäre dann für das neue Schuljahr 2018/2019 realisierbar.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Diskussion aufzuteilen und einmal zur Mensa und danach über die Schaffung von Fachräumen zu diskutieren.

Herr Dippe meint, die Diskussion zum Sozialgebäude sollte aufgrund der neuen Entwicklung vertagt werden, um zunächst Gelegenheit für weitere Gespräche zu geben.

Herr Sachse gibt nach einem persönlichen Besuch in der Schule zu bedenken, dass man sich im Lehrerkollegium wohl nicht darüber einig sei, ob und wo Schulcontainer aufgestellt werden könnten, um das Schulhofgelände nicht zu verkleinern. Grundsätzlich sind sich aber alle über eine dringliche temporäre Erweiterung im Klaren.

Der Bürgermeister räumt ein, dass wenn die vorgeschlagene Idee nicht umgesetzt werden kann, die Containervariante für das Schuljahr 2018/2019 durchaus verfolgt werden könnte. Im Schulgebäude werden die Fachräume verbleiben. Er geht davon aus, dass die Lösung bis zum Ende der Woche gefunden werden kann. In der nächsten Woche zur STVV wird eine Lösung auf den Weg gebracht werden können.

Die einbringende Fraktion erklärt sich mit der weiteren Prüfung des Sachverhalts einverstanden. Der erste Teil des Antrages wird wie diskutiert abgestimmt.

Zustimmung: 6 Ja 1 Nein 6 Enthaltungen

Nun zur Mensa. Die Verwaltung schlägt eine Entlastung der vorhandenen Mensa durch organisatorische Lösungen vor, wie sie der Bürgermeister vorgetragen hat. Über diesen Vorschlag wird nunmehr diskutiert. Ziel ist es, dass alle Kinder in einem gesunden Umfeld die Mahlzeit einnehmen können. Dem Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 7.5 Jahresabschluss 2016; hier: Stadtforst Fürstenwalde - Kommunaler 6/DS/547 Eigenbetrieb

Zum Jahresabschluss 2016 wurde durch das Wirtschafts- und Steuerberaterbüro Ebner & Stolz, hier ist Herr Henning Mühl anwesend, eine Powerpointpräsentation (handout liegt allen Mitgliedern vor) vorbereitet und gezeigt. Als Fazit kann abschließend festgestellt werden, dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht und ein tatsächliches Bild der Verhältnisse vermittelt. Es gibt keine Feststellung von Besonderheiten und keinen Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung. Das Büro erteilt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2016 fest.
Zustimmung: 13 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Werkleiter für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.
Zustimmung: 11 Ja 0 Nein 2 Enthaltungen 0 Befangen
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Gewinn in Höhe von 10.391,64 € auf neue Rechnung vorzutragen.
Zustimmung: 13 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen
4. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 wird das Büro Ebner & Stolz GmbH & CoKG beauftragt.
Zustimmung: 13 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Zustimmung

TOP 7.6 Zwischenbericht 2017 für den Stadtforst Fürstenwalde - Kommunalen Eigenbetrieb 6/IV/558

Herr Weber führt aus, dass der Geschäftsverlauf erwarten lässt, dass das prognostizierte Ergebnis übertroffen werden kann, daran wird mit ganzer Kraft gearbeitet. Anschließend werden Anfragen der Abgeordneten zur Praxis des Holzeinschlags und zur Wald- und Baumpflege beantwortet. Jährlich werden ca. 400 ha über Holzerntemaßnahmen gepflegt, zu einschneidenden Einschränkungen z.B. für Pilzsammler kommt es dabei kaum. Auf die Frage nach dem Einfluss auf den Betrieb durch Wölfe antwortet Herr Weber, dass es sich um Durchzügler handelt, für C1-Nachweise (Nachweis durch Wildkamera oder genetischen Fingerabdruck) gibt es bisher nur vage Vermutungen und noch keine Rudelbildung.

Kenntnisnahme

TOP 7.7 Festsetzung Höchstbetrag Kassenkredit

6/DS/549

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Höchstbetrag des Kassenkredites auf 24,0 Mio. Euro festzusetzen.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.8 Halbjahresbericht zum Vollzug des Haushaltes 2017

6/IV/548

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Kenntnisnahme

TOP 7.9 Antrag der BSG-Pneumant auf Erweiterung des Sanitärgebäudes im 6/DS/564 Pneumant-Forum

Der Bürgermeister berichtet, dass der Bedarf eines Sanitärgebäudes in den vergangenen Jahren gewachsen ist und die nunmehr geplanten 4 Umkleidekabinen mittel- und langfristig nicht ausreichen werden. Deshalb ist eine Dauerlösung angedacht, die mit insgesamt 9 Kabinen (4 in der unteren und 5 in der oberen Etage) auskommen sollte.

Der dynamischen Diskussion um die Entlastung der Gerhard-Goßmann-Grundschule Rechnung tragend, kann durchaus eingeschätzt werden, dass man zunächst mit den 4 Kabinen auskommen sollte und die obere Etage temporär für Klassenräume ausbaut. Die voraussichtlichen Kosten dafür werden die einer Containerlösung sicherlich nicht übersteigen. Diese spontane Entwicklung muss, so betont Herr Hengst, mit der Schule und auch mit dem Sportverein abgestimmt werden.

In dem neu zu errichtenden Schulzentrum soll es zwar eine 2-Felder-Halle mit Umkleiden, aber keine Außensportanlage geben, so dass auch hier das Pneumantforum zur Mitnutzung angeboten werden kann.

In der anschließenden ausführlichen Diskussion werden unterschiedliche Ansichten vertreten. Mehrheitlich wird Verständnis dafür aufgebracht, dass die Umkleidemöglichkeiten am Pneumantforum knapp und nicht ausreichend sind für alle Sportarten und Vereine, die dort aktiv sind. Herrn Fischer ist es wichtig, den Fokus auf die finanziellen Auswirkungen zu richten und darüber zu diskutieren, dass es bei aller Legitimität der Problematik nicht aus dem Blick geraten darf, dass in der Stadt auch andere Probleme (schlechte Gehwege, Straßenbau etc.) existieren.

Nachdem Herr Rudolph nach erfolgter Abstimmung anmerkt, dass er aufgrund der sich heute aktuell ergebenden Diskussion momentan nicht zustimmen kann, verweist der Vorsitzende darauf, dass es heute die Empfehlung an die STVV und dort dann eine abschließende Meinungsbildung gibt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung von zusätzlichen Eigenleistungsanteilen in Höhe von 630.000 Euro im Haushaltsplan 2018 einzustellen.

Zustimmung Ja 9 Nein 2 Enthaltung 2

TOP 7.10 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten 6/DS/567 Storkow (Mark) und Fürstenwalde/Spree. Hier Übernahme Rechnungsprüfung durch Fürstenwalde/Spree

Es besteht kein Erläuterungsbedarf. Der Bürgermeister meint auf Nachfrage, dass die Rechnungsprüfung mit insgesamt zwei Stellen gut aufgestellt ist. Die Nachfolge von Frau Scharf ist gesichert und nach deren Ausscheiden, wird es eine Neuausschreibung geben.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der anliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Storkow (Mark) zu.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.11 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Städten 6/DS/566 Storkow (Mark) und Fürstenwalde/Spree. Hier: Übernahme des

Datenschutzes durch Storkow (Mark)

Es besteht keine Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss der anliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Storkow (Mark) zu.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.12 Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur 6/DS/531 Verbesserung der Breitbandversorgung und Breitbandinfrastruktur im Landkreis Oder-Spree inklusive Ergänzung vom 04.09.2017

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, die beiliegende öffentlich-rechtlich Vereinbarung über die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Breitbandversorgung und der Breitbandinfrastruktur zwischen dem Landkreis Oder-Spree abzuschließen.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.13 Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der 6/DS/552 Stadt Fürstenwalde/Spree

Hier wurde durch den Kultur- und Sozialausschuss angemahnt, die Regelung für Geschwisterkinder aufzunehmen. Der Bürgermeister informiert, eine solche Ergänzung nach Rücksprache mit dem Staatlichen Schulamt und dem Rechtsamt der Verwaltung nicht aufzunehmen (Sondertatbestand), da dies ausführlich im Schulgesetz dargestellt ist.

Der Abg. Wende vertritt aber die Auffassung, dass Geschwisterkinder, wenn der Wunsch besteht, gemeinsam an einer Schule unterrichtet werden sollten. Er wirbt dafür, diesbezüglich alles zu versuchen, dem politisch geäußert Willen Rechnung zu tragen. Die Mehrheit der Anwesenden schließt sich dem an und bittet um abschließende Klärung bis zur STVV. Herr Rudolph zitiert aus der GrundschulVO die gemäß § 106, Abs. 4, Satz 3 des Brandenburgischen Schulgesetzes folgendes über soziale und wichtige Gründe regelt. U.a. werden fünf Gründe aufgeführt und im Einzelfall wird aufgeführt, ... wenn Geschwisterkinder bereits eine nichtzuständige Schule besuchen. Er bittet die Verwaltung, das rechtssicher umzusetzen und meint, man solle alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten/Ausgleichskonferenzen nutzen.

Der Vorsitzende greift den Vorschlag/Änderungsantrag zur Regelung für die Geschwisterkinder auf und lässt ihn abstimmen.

Zustimmung: 7 Ja 4 Nein 2 Enthaltungen

Herr Rudolph fragt, warum die stadtnahen Rauener Kinder nicht an der Gerhard-Goßmann-Grundschule sondern an der Fontane-Schule beschult werden. Demzufolge tritt das Problem auf, dass einige Kinder, für die die Fontane-Schule näher wäre, in der Sigmund-Jähn-Grundschule beschult werden.

Der Bürgermeister erläutert, dass es aufgrund der Fülle der Gerhard-Goßmann-Schule (auch Langewahler Kinder) eine Abwägung gab und die Entscheidung so fiel (Beerfelder = Sonnengrundschule, Langewahl = GGG, Rauen = Theodor-Fontane-Schule, Steinhöfel = Sigmund-Jähn-Grundschule).

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführte Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der Stadt Fürstenwalde/Spree (Schulbezirkssatzung).

Zustimmung

TOP 7.14 Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen zur Übertragung der 6/DS/550 Schulträgerschaft für Grundschulen auf die Stadt Fürstenwalde/Spree mit den Gemeinden Langewahl, Rauen und Steinhöfel

Der Bürgermeister erklärt, dass keine grundsätzliche Veränderung, Beschulung der Umlandkinder, möglich ist und unsolidarisch (Umlandfunktion) wäre. Mit der Schulbezirkssatzung werden die Kinder Langewahls z.B. für die Beschulung der Gerhard-Goßmann-Grundschule eingeplant. Die öffentliche-rechtliche Vereinbarung, so ergänzt Herr Dr. Fehse, wird auf der Grundlage des Schulgesetzes abgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführten Öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Übertragung der Schulträgerschaft mit den Gemeinden Langewahl, Rauen und Steinhöfel.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 7.15 Übertragung der Trägerschaft für zwei Züge der Primarstufe im Rahmen 6/DS/551 der Errichtung eines Schulzentrums in Fürstenwalde Süd

Der Bürgermeister berichtet über die Diskussion in den Fachausschüssen des Landkreises. Im Bildungsausschuss wurde von umliegenden Kommunen angemahnt, dass der LOS die Trägerschaft für Grundschulen in Fürstenwalde übernimmt und damit die Stadt entlastet. Aber, so gibt es zu bedenken, zum einen wird es dann eine entsprechende Abrechnung mit der Stadt zu geben. Zum anderen gibt es möglicherweise eine geringere Förderung für die Grundschule, die durch die Stadt ausgeglichen werden sollte. Er wird die Stadtverordneten über diese neue Entwicklung auf dem Laufenden halten.

Herr Rudolph fehlen wichtige Informationen z.B. von der Lehrerkonferenz, von der Schulkonferenz und fraglich ist nunmehr, ob der finanzielle Vorteil tatsächlich so lukrativ ist, der Übertragung zuzustimmen. Herr Wende bittet, die Grundlagen für die Errichtung eines Schulzentrums zu legen. In der Phase geht es zunächst darum, dass der LOS einen Antrag auf Förderung stellen kann. Und wenn es eine Bewilligung dieses Antrages gibt, dann werden auch alle Betroffenen beteiligt. Der Bürgermeister meint, dass die Stadt Fürstenwalde keine Grundschule gefördert bekäme, sondern die gesamte Investition allein stemmen müsste.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Fürstenwalde/Spree überträgt zur Umsetzung eines Schulzentrums in Fürstenwalde Süd die Trägerschaft für die Beschulung von zwei Zügen im Primarbereich entsprechend der in der Schulentwicklungsplanung festgestellten Bedarfe auf den Landkreis Oder-Spree.

Die Übertragung wird mit dem Schuljahr wirksam, in dem das Schulzentrum mit dem Grundschulteil den Betrieb aufnimmt.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.16 Grundstücksangelegenheit: Ankauf Trebuser Straße 60

6/DS/565

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf. Im Beschlussvorschlag ist die Formulierung „überplanmäßig“ gegen außerplanmäßig auszutauschen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt das Grundstück in der Trebuser Straße 60 vom Landkreis Oder-Spree zu einem Kaufpreis in Höhe von 244.000,00 € zzgl. Nebenkosten zu erwerben. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 270.000,00 € wie folgt:

- | | |
|----------------------------------------------------|-----------------|
| 1. Aus der Maßnahme „Zugang Grundstücke (bebaute)“ | 61.000,00 € |
| Maßnahmenummer: | 460 0000 00 001 |
| Kostenträger: | 111 70 20 |
| Sachkonto: | 15 100 00 |
|
 | |
| 2. Aus der Maßnahme „Zugang Straßen“ | 29.000,00 € |
| Maßnahmenummer: | 460 0000 00 001 |
| Kostenträger: | 541 10 10 |
| Sachkonto: | 04 110 10 |
|
 | |
| 3. Aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ (STEP) | 180.000,00 € |
| Maßnahmenummer: | 461 PR03 01003 |
| Kostenträger: | 511 30 20 |
| Sachkonto: | 23 510 00 |

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Der Erste Beigeordnete berichtet über den Kassenkreditbedarf in Höhe von 673.001, 58 €. Der Kurs des CHF liegt bei 1,01496 CHF für 1€. Der Breakevenwechsellkurs liegt bei 1,49361CHF.

Weiterhin berichtet er auf die noch offene Nachfrage aus der STVV, dass es am Wochenende 2./3. September 4 genehmigte Feuerwerke gab (3 Samstag für 2 Einschulungen und eine Familienfeier im Haus Seeblick, Sonntag beim Kufa-Jubiläum). Insgesamt wurden bis zum 15.9.2017 27 Feuerwerke zu verschiedensten Anlässen genehmigt.

Er informiert noch darüber, dass die Untere Bauaufsichtsbehörde des Landkreises mit Posteingang 8.9.2017 die vorzeitige Nutzung des BONAVA-Baus genehmigt hat.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden nochmals Nachfragen zum Busshuttle für die Sigmund-Jähn-Grundschule (Anfrage einer Lehrerin in der STVV) , zu einem in der Reinheimer Straße gesichteten Fuchs gestellt und zwei Hinweise zu grünen Abbiegepfeilen (Kreuzung Seelower/Kirchhof Straße

und Johann-S.-Bach-Straße aus Richtung Aldi-Markt) gegeben.

Der Bürgermeister berichtet zur ersten Anfrage, dass die Schulleitung die Anfrage durchaus kritisch sieht und Zahlenmaterial zuarbeiten will. Danach werden entsprechende Überlegungen angestrebt. Die Verwaltung nimmt die gegebenen Hinweise auf.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.47 Uhr. Die Niederschrift umfasst 10 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin